

» dist[ex] Policy Paper «

Nr. 6 | April 2026

Verlorene Sicherheiten, extreme Antworten

Die Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen in der Polykrise

» Autor*innen

Maximilian Campos Ruf
Sandra Schwarz

(Violence Prevention Network
gGmbH)



dist[eX]

Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur
für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit



Verlorene Sicherheiten, extreme Antworten

Die Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen in der Polykrise

» Abstract

Sicherheitsbehörden und Praxisträger in Deutschland und international beobachten verstärkt immer jüngere Kinder und Jugendliche, die als Teil extremistischer und gewaltbereiter Szenen auffällig werden und in Kriminalitätsstatistiken verzeichnet sind. Während Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene seit jeher zu den Hauptzielgruppen von gewalt- und extremismuspräventiven Angeboten zählen, stellen zunehmend gewalttätigere Kinder und jüngere Jugendliche im Alter von 10-14 Jahren eine ernstzunehmende gesellschaftliche Herausforderung dar. Anhand von Praxisexplorationen, Kriminalitätsstatistiken und psychologischer Forschungsliteratur untersucht dieses Policy Paper diesen Trend, identifiziert mögliche Ursachen und skizziert notwendige Gegenmaßnahmen.



» Hintergrund und Problemlage

Jugendliche stehen seit langem im Fokus von Extremismus- und Gewaltprävention. Es ist gut dokumentiert, wie Identitätsbildungsprozesse, Sinnsuchen, Zugehörigkeitswünsche und viele weitere Dynamiken zum Beispiel im Laufe der Pubertät zu Konflikten mit Familienangehörigen, Lehrer*innen, Institutionen und Autoritätsfiguren jeder Art führen können. In einigen Fällen übertreffen diese Konflikte jedoch das gesellschaftlich akzeptierte und tolerierbare Maß. Sie münden in extremen Weltanschauungen und Ideen sowie - in besonders gravierenden Fällen - in Radikalisierungsprozessen bis hin zur Planung oder Ausübung schwerer Gewalttaten. Die präventiv arbeitende Praxis ist darauf in der Regel gut eingestellt. Viele Fälle bewegen sich genau auf diesem Spektrum zwischen familiären Konflikten, Selbstwirksamkeitserfahrung und der Suche nach einem größeren Sinn in der Adoleszenzphase von circa 16-24 Jahren. In den vergangenen Monaten und Jahren begegnen Fachkräfte der sozialarbeiterischen und psychologischen Praxis, ebenso wie aus Sicherheitsbehörden, jedoch vermehrt einem beunruhigenden Trend: Die Fälle sehr junger Personen, die mit extremismuspräventiven Beratungsstellen in Kontakt kommen, und die von polizeilichen (Gewalt-)Kriminalitätsstatistiken

sowie den Nachrichtendiensten erfasst werden, nimmt deutlich zu.

Dies betrifft nicht allein eine Steigerung der Quantität. Auch die Qualität der in der Praxis verzeichneten Fälle scheint sich zu verändern: Die immer jünger werdenden Klient*innen sind zunehmend gewaltbereit bzw. -tätig. Das gilt phänomenübergreifend. Im Bereich des Rechtsextremismus beschäftigen von Teenager*innen dominierte Gruppierungen, wie „Deutsche Jugend Voran“ und „Jung & Stark“, Sicherheitsbehörden genauso wie die Präventionspraxis intensiv (vgl. u. a. Polizei Berlin 2025; tageschau.de 2025). Aus der Kriminalitätsstatistik (Bundesregierung 2025) wird deutlich, dass z. B. im Bereich politisch rechts motivierter Kriminalität die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen im Alter von 13-24 Jahren von 2020 bis 2024 bundesweit stark gestiegen ist (siehe Abbildung 1).

Praktiker*innen aus der Extremismusprävention berichten Ähnliches. In den großen beiden Bereichen Rechtsextremismus und islamistischer Extremismus verzeichnen Beratungsstellen eine Zunahme minderjähriger Klient*innen, speziell auch im Kontext von Gewaltorientierung und Sicherheitsrelevanz (Komarek 2025; Violence Prevention Network 2026;

Tatjahr	bis 13			14 bis 17			18 bis 20			21 bis 24		
	m	w	d	m	w	d	m	w	d	m	w	d
2020	54	14	0	1 269	139	0	892	65	0	773	70	0
2021	43	10	0	1 025	132	0	661	80	0	570	56	0
2022	71	21	0	1 231	159	0	662	84	0	616	69	0
2023	100	18	0	1 594	191	0	655	69	0	686	76	0
2024	154	50	0	3 395	457	2	1478	160	2	1 335	143	0

m= männlich, w= weiblich, d= divers

Abbildung 1 – Aufstellung Tatverdächtiger, 13- bis 24-jähriger Personen im Bereich rechtsextremistisch motivierter Kriminalität, Quelle: Bundesregierung (2025), Drucksache 21/1990.



Dantschke 2025). Das betrifft explizit auch Jugendliche im Alter von 14 Jahren und Kinder von 10 Jahren aufwärts (Becker & Götz 2025; Hell 2025; Komarek 2025; Violence Prevention Network 2026). Besonders rechtsextreme Gruppierungen treten zudem auch im öffentlichen Raum immer offener und bedrohlicher auf und versuchen beispielsweise Plätze und Parks zu dominieren (Anhalt 2025). Zudem gibt es Berichte von Schulen, dass teils erst 10-12-jährige Kinder aus dem Umfeld neonazistischer Gruppen versuchen, Mitschüler*innen einzuschüchtern (Bundesverband Mobile Beratung 2025).

Hinzu kommen zunehmend hybridisierte Phänomene, die sich behördlichen Kategorisierungen und der Förderpraxis bisher entziehen. Aktuell besonders relevant ist nihilistische Gewalt bzw. der sog. „nihilistische Extremismus“, dessen bisher bekannteste Netzwerke „764“, „The Com“ sowie Strukturen rund um „Maniac Murder Cult“ und die „True Crime Community“ in den letzten Monaten und Jahren besonders an Relevanz gewonnen haben. Dort entspinnt sich ein digitales Ökosystem, das Elemente von Gore¹, Selbstverletzung, Anstiftung zum Suizid, sexueller Ausbeutung, Pädokriminalität und Glorifizierung von Amoktäter*innen u. a. mit ideologischen Versatzstücken aus Akzelerationismus² und Ästhetiken aus dem okkultistischen Neonazismus verbindet. Diese Netzwerke nehmen gezielt vulnerable Kinder und Jugendliche mit psychischen Vorbelastungen ins Visier, mit dem Ziel, sie zu Selbstverletzung, Suizid, oder Amoktaten zu drängen. Ebenso werden dort andere Kinder rekrutiert

und dazu animiert, gedrängt, oder erpresst selbst zu Täter*innen zu werden. Besonders die komplexen Täter-Opfer-Dynamiken, die häufig sehr junge Menschen betreffen, stellen eine enorme Herausforderung für Praxis und Behörden dar. Der in Deutschland bislang prominenteste Fall ist der aktuell in Hamburg vor Gericht stehende mutmaßliche Täter „White Tiger“, Shahriar J. International wurden insbesondere „764“ und „Maniac Murder Cult“ bereits von Kanada als terroristische Organisationen eingestuft (Public Safety Canada 2025). Aufgrund der nicht immer eindeutigen ideologischen Bezüge und der Vermengung verschiedener strafrechtlicher und für den Kinder- und Jugendschutz relevanter Thematiken fällt das Phänomen derzeit häufig durch bestehende Raster, was eine kohärente Antwort im Sinne von Opferschutz, Prävention und Strafverfolgung erschwert.

» Jugendliche Gewaltkriminalität

Die Statistiken im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität unterstreichen diese Befunde. Zahlen des Bundeskriminalamtes zum Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – gesamt“ zeigen einen deutlichen Anstieg männlicher jugendlicher Tatverdächtiger im Alter von 14-17 Jahren bei Gewaltdelikten, von 190 im Jahr 2018 auf 312 im Jahr 2024. Auch bei den weiblichen jugendlichen Tatverdächtigen lässt sich ein deutlicher Anstieg von 29 im Jahr 2018 auf 130 im Jahr 2023, und ein erneuter Abfall auf 59 im Jahr 2024, verzeichnen (siehe Abbildung 2).

1 Digitale Subkulturen, die auf die Diskussion und Verbreitung von extremen, echten Gewaltdarstellungen fokussiert sind.

2 Akzelerationismus bezeichnet das heute besonders im Rechtsextremismus verbreitete Ideologem, den als unvermeidlich angesehenen Zusammenbruch des bisherigen politischen und gesellschaftlichen Systems gezielt durch Anschläge und Gewalt zu beschleunigen. Im Anschluss soll in der Regel der Aufbau einer neuen, utopischen Ordnung folgen – im Falle nihilistischer Gewalt fehlt dieses Element, im Zentrum stehen stattdessen Zerstörung und Chaos.

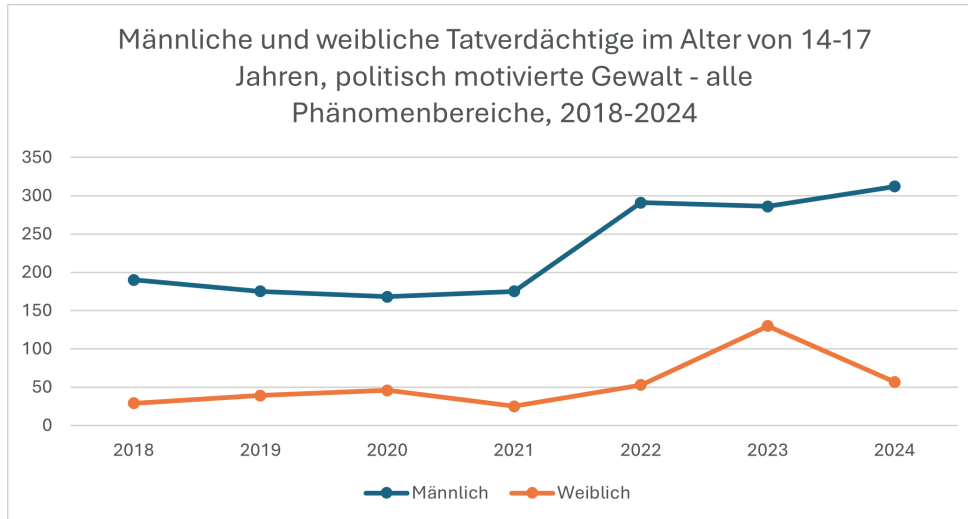


Abbildung 2 – Quelle: KPMD-PMK 2018-2024, Bundeskriminalamt, 2025.

Besonders interessant: In den darüberliegenden Altersgruppen nehmen die Zahlen für männliche Tatverdächtige teilweise zwar auch zu, jedoch in deutlich geringerem Umfang, in manchen gehen sie sogar zurück (21-24 Jahre, 25-30 Jahre). Bei den weiblichen Tatverdächtigen zeigt sich

jedoch sehr deutlich, dass die Fälle seit 2018 über alle Altersgruppen hinweg angestiegen sind. Aufschlüsselungen tatverdächtiger Jugendlicher (14-17 Jahre) nach Phänomenbereichen und gelesenen Geschlechtern finden sich in den Abbildungen 3 und 4.

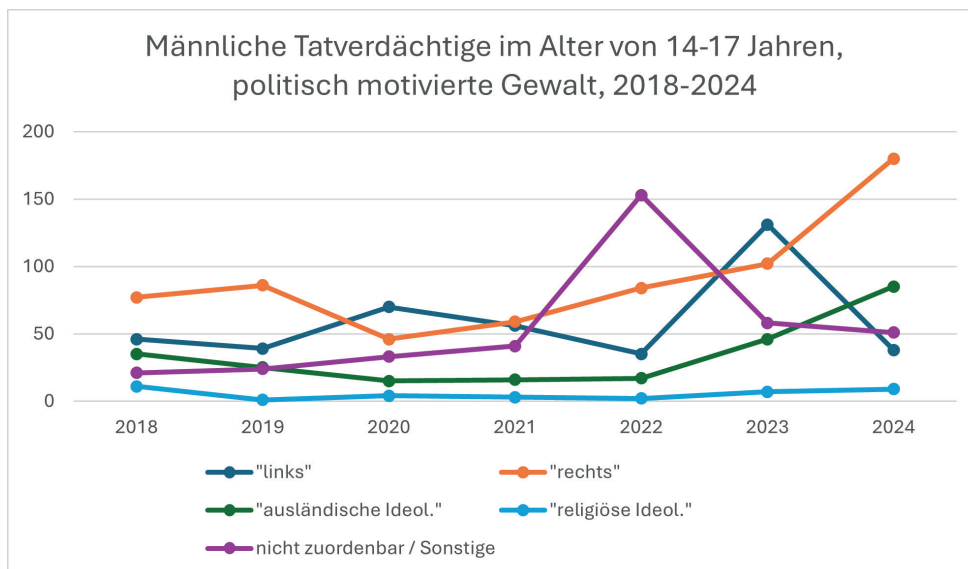


Abbildung 3 – Quelle: KPMD-PMK 2018-2024, Bundeskriminalamt, 2025.

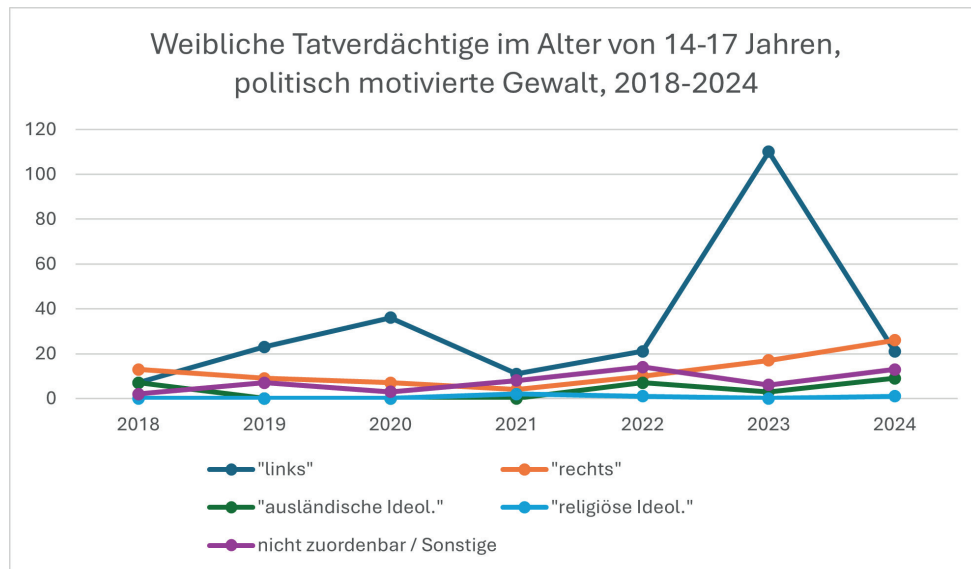


Abbildung 4 – Quelle: KPMD-PMK 2018-2024, Bundeskriminalamt, 2025.

Hinsichtlich schwerster Gewalttaten wird vom Bundeskriminalamt (2025) besonders der Bereich „rechts“ hervorgehoben, in dem es zu Vorbereitungsmaßnahmen rechtsmotivierter Gewalttaten „im eigenen Nahfeld“, also dem persönlichen Umfeld, gekommen sei. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (2025) betont die gestiegene Gewaltbereitschaft junger Rechtsextremist*innen, ebenso wie die Vereitelung mehrerer islamistischer Anschlagsvorhaben minderjähriger Personen.

Diese Dynamik entspinnt sich nicht nur in Deutschland. Bereits seit mehreren Jahren berichten Sicherheitsbehörden verschiedener Länder über eine Zunahme von Fällen sehr junger Radikalisierung und Einbindung in extremistisch bzw. terroristisch motivierte Straftaten und Gewalt. So beschreibt Europol im „TE-SAT Bericht 2025“, dass die Zahl der minderjährigen und jungen Personen, die in extremistische und terroristische Bestrebungen in der EU eingebunden waren, im Jahr 2024 erneut gestiegen ist (Europol 2025). Laut Global Terrorism Index befassten sich im Jahr 2025 42% aller terrorismusbezogenen

Ermittlungsverfahren in Europa und Nordamerika mit Kindern und Jugendlichen, eine Verdreifachung im Vergleich zu 2021 (Institute for Economics & Peace 2026). Und auch die Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden der *Five Eyes* (das Vereinigte Königreich, die USA, Kanada, Australien und Neuseeland) veröffentlichten schon im Oktober 2024 einen Bericht, in dem sie eindrücklich vor dieser Entwicklung warnten und zu einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zur Prävention solcher Radikalisierung und dem Schutz von Kindern und Jugendlichen gegenüber Ausbeutung und Rekrutierung durch extremistische und terroristische Gruppen aufriefen (Australian Security Intelligence Organisation 2024).

Sowohl Praxis als auch Sicherheitsbehörden verzeichnen also signifikante Anstiege junger Personen im Zusammenhang mit extremistischen Aktivitäten und Gewaltverbrechen. Beide fordern Präventions- und Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Anbetracht offenbar intensiver extremistischer Radikalisierungs- und Rekrutierungsbemühungen. Allein



die vorliegenden Zahlen und Fakten liefern noch keine Erklärungen dafür, weshalb sich die Risiken für Kinder und Jugendliche so sehr erhöht zu haben scheinen – und warum gerade jetzt. Um diese Lücke zu schließen, werfen die nachfolgenden Abschnitte einen Blick auf sich verändernde und verschärfende Risikofaktoren für extremistische Radikalisierung bei jungen Menschen im Kontext aktueller globaler Krisenlagen.

» Belastungen bei Kindern und Jugendlichen und ihre Auswirkungen

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einem Umfeld multipler globaler Krisen auf. Klimawandel, Kriege, wirtschaftliche Unsicherheiten, gesellschaftliche Polarisierung, wenig bzw. schlecht regulierte Soziale Medien und die Nachwirkungen der Corona-Pandemie haben sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf ihre Lebenswelt, ihre sozioemotionale Entwicklung und ihre psychische Gesundheit. So zeigt die repräsentative COPSYS-Langzeitstudie (2020-2025), dass im Oktober 2025 weiterhin über 20% der Kinder und Jugendlichen in Deutschland psychische Auffälligkeiten, eine verminderte Lebensqualität oder Angstzustände aufwiesen – ähnlich viele wie 2024 und etwa 7% mehr als in der vor der Pandemie durchgeführten BELLA-Studie (vgl. Kaman et al. 2025). Diese Belastungen betreffen nicht alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen: Mädchen und junge Frauen ab 14 Jahren sind deutlich häufiger von Angst- und Depressionssymptomen betroffen als Jungen im selben Alter. Derartige Symptome nahmen bei den weiblichen Teilnehmenden von 2024 bis 2025 noch einmal signifikant zu. Besonders gefährdet sind den Autor*innen zufolge außerdem diejenigen, deren Eltern psychisch belastet bzw. ökonomisch oder sozial benachteiligt sind. Für diese

Jugendlichen zeigt sich ein signifikant erhöhtes Risiko für eine eingeschränkte Lebensqualität und psychische Beeinträchtigungen. Gleiches gilt für Kinder und Jugendliche, die in hohem Maße von krisenbezogenen Zukunftsängsten betroffen sind: Auch bei ihnen treten psychische Auffälligkeiten sowie angst- und depressionsbezogene Symptome deutlich häufiger auf.

Derartige Ängste haben zuletzt deutlich zugenommen: 2025 sorgten sich 70% der befragten Kinder und Jugendlichen vor Kriegen, 70% vor Terrorismus, 62% vor wirtschaftlichen Krisen und 57% vor der Klimakrise (Kaman et al. 2025). Auch die Befragung von Lass-Hennemann et al. (2024) mit knapp 4.000 Schüler*innen bestätigt, dass pandemie-, klima- und kriegsbezogene Sorgen mit verstärkten psychischen Belastungen einhergehen. Hinzu kommen soziale Belastungen: Im Deutschen Schulbarometer gaben 30% der Schüler*innen an, sich manchmal oder oft einsam zu fühlen; 14% sorgten sich häufig wegen Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe (Robert-Bosch-Stiftung 2024). Auch in der COPSYS-Studie berichteten 18% der Kinder und Jugendlichen von Einsamkeit (Kaman et al. 2025). Eine weitere Belastungsdimension ist die digitale Lebenswelt. Rund 40% der Kinder und Jugendlichen nutzten im Herbst 2025 täglich mehr als vier Stunden digitale Medien, 19% sogar mehr als fünf Stunden, was jeweils deutlich über den empfohlenen Richtwerten liegt (Ärzteblatt 2023). Knapp 40% der Jugendlichen fühlte sich durch Inhalte in Sozialen Medien belastet (Kaman et al. 2025). Für viele Jugendliche ist der digitale Raum damit nicht nur Kommunikationsort, sondern auch eine Quelle zusätzlicher Stressoren.

In der Adoleszenz stehen Identitätsfindung, Sinnsuche und der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit im Zentrum der Entwicklung. Schule, Familie, Gleichaltrige und Medien spielen hierfür eine entscheidende Rolle (Aral & Kadan 2023). Aral und Kadan (ebd.) weisen darauf hin, dass



es vermutlich insbesondere durch die Corona-Pandemie vielen Kindern und Jugendlichen nicht möglich war, diese Entwicklungsaufgaben gut zu bewältigen. Statt sich mit Gleichaltrigen zu treffen und zur Schule zu gehen, führte die Pandemie bei vielen zu Inaktivität und zu einer Reduktion ihres sozialen Netzwerks von Gleichaltrigen. Den Autor*innen zufolge stieg damit das Risiko für die Entwicklung von Schulängsten, für eine verringerte Ausbildung sinnvoller Coping-Mechanismen und damit auch die Gefahr für riskantes und aggressives Verhalten (selbst- und fremdbezogen) sowie für einen unkontrollierten Medienkonsum (ebd.). Dies deckt sich mit den Ergebnissen aus der Langzeitstudie von Martinsone et al. (2022), wonach bei Jugendlichen während der Pandemie über sieben Monate oft kein Zuwachs oder sogar eine Abnahme der sozial-emotionalen Kompetenzen und der Resilienz sowie eine verstärkte Tendenz zu Internalisierungs- und Externalisierungsschwierigkeiten zu verzeichnen war.

» Mögliche Zusammenhänge mit einer extremistischen Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen

Konkrete Untersuchungen dazu, ab wann Kinder politische „Weltbilder“ entwickeln oder ab welchem Alter man von Radikalisierung sprechen kann, fehlen bisher (Reifen-Tagar & Cimpian 2022). Reifen-Tagar und Cimpian (ebd.) weisen jedoch darauf hin, dass Kinder bereits ab dem Kleinkindalter lernen, zwischen Eigen- und Fremdgruppe zu unterscheiden sowie soziale Normen und ein Verständnis von sozialen Hierarchien zu entwickeln, nach denen sie handeln bzw. nach denen sie das Verhalten von anderen einordnen. Diese „protopolitischen“ Einstellungen von Kindern unterscheiden sich individuell und scheinen u. a. damit in

Verbindung zu stehen, welche politischen Ideologien ihre Eltern vertreten und ob sie in einem sehr konfliktbehafteten Kontext (z. B. Israel-Palästina) aufwachsen (ebd.). Die Autor*innen plädieren daher eindringlich dafür, mehr Studien an der Schnittstelle von Entwicklungspsychologie und politischer Psychologie durchzuführen, gerade mit Kindern unter 13 Jahren. Im folgenden Abschnitt werden mögliche Zusammenhänge zwischen den aktuellen psychosozialen Belastungen von Kindern und Jugendlichen und der Zunahme an extremistischer Radikalisierung bei Minderjährigen aufgezeigt.

Mehrere Studien deuten darauf hin, dass psychosoziale Belastungen, emotionale Vulnerabilität und mangelnder sozialer Anschluss die Anfälligkeit für extremistische Ideologien erhöhen können. Campelo et al. (2018) beschreiben die Risikofaktoren für Radikalisierung auf drei Ebenen: (1) Individuell: emotionale Verletzlichkeit, persönliche Unsicherheit, erlebte Ungerechtigkeit, belastende Erfahrungen, Adoleszenz. (2) Mikrosozial: familiäre Konflikte, Freundschaften mit radikalisierten Personen. (3) Makrosozial: gesellschaftliche Spannungen, soziale Radikalisierung, politische Konflikte.

Oppetit et al. (2019) weisen darauf hin, dass radikalisierte Minderjährige im Vergleich zu radikalisierten Erwachsenen häufiger psychische Belastungen bis hin zu selbstverletzendem Verhalten zeigen und häufiger über Social Media und digitale Plattformen zum ersten Mal mit extremistischen Ideologien in Kontakt kommen.

Bezüglich der Frage nach Gewaltanwendung identifizieren Jahnke et al. (2023) zudem konkrete soziale Risikofaktoren politisch motivierter Gewalt bei jungen Menschen, darunter Freund*innen mit rassistischen oder gewaltbefürwortenden Einstellungen, die Mitgliedschaft in Gruppen, die sich explizit vom „Mainstream“ abgrenzen sowie elterliche Gewalt. Das deckt sich mit den



Erfahrungen der extremismuspräventiven Praxis. So berichten Praktiker*innen, dass in Fällen von Jugendgewalt häufig auch familiäre Gewalt eine wichtige Rolle spiele (Aktaş & Mücke 2025).

Die genannten Befunde verdeutlichen, dass Jugendliche, die durch multiple Krisen belastet, bzw. emotional instabil sind oder wenig soziale und familiäre Unterstützung erfahren, besonders anfällig für radikalisierte Einflüsse sein können. Treffen sie in solchen Phasen – etwa über Soziale Medien – auf extremistische Ideologien, können diese als vermeintlicher Ausweg erscheinen: Sie bieten einfache Erklärungen, klare Feindbilder, Sinn und Orientierung sowie Zugehörigkeit und Anerkennung – und sprechen damit zentrale Bedürfnisse der Adoleszenz an. Für Jugendliche, die Einsamkeit, Ausschluss oder Diskriminierung erleben, können solche Angebote daher eine besonders starke Anziehungskraft entfalten.

Die Erfahrungen der Präventionspraxis bestätigen diesen Zusammenhang im Kontext der aktuellen Entwicklungen. Die in der Beratungsarbeit im Bereich Rechtsextremismus anlandenden Jugendlichen wachsen häufig in sozio-ökonomisch prekären Verhältnissen auf, sind schuldistanziert und schnell eskalierende Konfliktspiralen mit dem elterlichen Umfeld und Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe gewohnt (Hell 2025). Die Gruppen, denen sie sich anschließen, machen im Vergleich dazu spannend erscheinende Angebote: Ausflüge in andere Großstädte, häufig, um an Demonstrationen teilzunehmen, gemeinschaftliche Kampfsporttrainings, um Stärke zu demonstrieren, Einschüchterung vermeintlicher Gegner*innen und Provokationen bedienen die Suche nach

Zugehörigkeit, Beschäftigung, Orientierung und Sinn sowie zugleich Gefühle der Frustration und des Hasses (ebd.). So entsteht eine Erlebniswelt, die auf Jugendliche in ähnlichen Situationen anziehend wirkt und über Social Media- und Messengerdienste beworben und verbreitet wird. Ein ausgeprägtes ideologisches Verständnis ist hier nur selten vorhanden (ebd.).

» Was jetzt notwendig ist

Die wissenschaftliche Evidenz zeigt deutlich: Kinder und Jugendliche stehen unter erheblichem psychischem, sozialem und emotionalem Druck. Daneben existiert eine Reihe gut belegter Risikofaktoren, die Radikalisierungsprozesse begünstigen können. Besorgniserregend ist, dass diese Risikofaktoren derzeit auf die Lebensrealität besonders vieler Kinder und Jugendliche in Deutschland zuzutreffen scheinen. Doch nicht nur das: Die Zunahme sehr junger Klient*innen in der Beratungspraxis sowie die Zunahme von Fällen politisch-motivierter (Gewalt-)Straftaten durch Kinder und Jugendliche in den vergangenen Jahren zeigt, dass es nicht beim bloßen Risiko bleibt. Diese Faktoren haben sich bereits in reale Radikalisierungsprozesse übertragen. Gleichzeitig geben Forschung und Praxis klare Hinweise auf wirksame Schutzfaktoren. So benennen Jahnke et al. (2023) familiäre Unterstützung, elterliche Kontrolle, eine gute schulische Anbindung, Schulerfolg sowie einen höheren sozioökonomischen Status als schützend gegenüber politisch motivierter Gewalt.

Kinder und Jugendliche gehören zu den am stärksten und langfristigsten von den Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie sowie aktuellen globalen Krisen, gesellschaftlichen Konflikten und realen Zukunftsängsten betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Anstelle umfassender Maßnahmen zur sozialen, ökonomischen und politischen Stärkung junger Menschen, drehen sich aktuelle Debatten derzeit jedoch primär



um defizitäre Betrachtungen, Verbote und andere drastische Forderungen. Statt die oben skizzierten Entwicklungen als Warnsignale für prekäre Verhältnisse, mangelnde Beteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen und wahrgenommener Ausweglosigkeit zu verstehen und entsprechend zu reagieren, werden Kinder und Jugendliche tendenziell eher als Objekte ohne eigene Handlungsmacht gesehen. Meist unter Ausschluss von Jugendlichen geführte Social Media-Verbotdiskussionen, top-down geführte Debatten zur Wehrpflicht oder um verpflichtende Sozialdienste für junge Erwachsene, die „der Gesellschaft etwas zurückgeben“ sollen (vgl. z. B. DLF Nova 2022), sind im besten Fall Ausdruck einer enormen Ratlosigkeit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Wahrscheinlicher sind sie das Ergebnis einer seit Jahren andauernden Entwicklung, Ressourcen für Kinder- und Jugendarbeit systematisch zu kürzen, sie aus dem öffentlichen Raum und Teilhabeprozessen auszuschließen und politische Probleme auf diejenige Generation abzuwälzen, die derzeit den geringsten politischen Einfluss ausüben kann. Dieser Umgang mit Kindern und Jugendlichen ist dazu geeignet, gesellschaftliche Spannungen zu verstärken, statt sie durch ernsthaften Dialog, effektive Anreiz- und Unterstützungssysteme und Beteiligung zu reduzieren.

Die Entwicklungen im Bereich von jugendlicher Radikalisierung und Gewalt sind ein Warnsignal, das ernst genommen werden muss. Sie erfordern einige sehr konkrete Maßnahmen, um der Zunahme extremistischer Radikalisierung und politisch-motivierter Gewalt bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen sollten von einer grundsätzlichen Verbesserung der Debattenkultur und nachhaltigen Maßnahmen zur Stärkung und Sicherung von Kindern und Jugendlichen begleitet werden. Die Empfehlungen lauten wie folgt:

Angehörige und Fachkräfte stärken:

- Spezialisierte Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen für Angehörige, Lehrkräfte und weitere Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zur Nutzung von Internet und Social Media durch Kinder und Jugendliche sowie zur Stärkung der Handlungssicherheit im Umgang mit extremistischen Inhalten und Hate Speech müssen ausgebaut werden.
- Die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie -psychiatrie benötigen Sensibilisierungs- und Fortbildungsprogramme sowie systematische Verzahnung mit der Extremismus- und Gewaltprävention, um ihre Handlungssicherheit im Umgang mit Radikalisierungsprozessen sowie möglicher Fremdgefährdung zu stärken.
- Netzwerke zwischen Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe, Psychiatrie, dem Kinder- und Jugendschutz sowie der Extremismusprävention und Strafverfolgung müssen strategisch aufgebaut und gestärkt werden, um kohärent und effektiv auf die Herausforderungen hybrider Radikalisierungs- und Gewaltphänomene reagieren zu können. Breit aufgestellte Kooperationsverbünde wie dist[ex] fördern genau diese Vernetzungs- und Kooperationsmaßnahmen und stellen einen wichtigen Baustein dar.
- Fachkräfte der Bildungsarbeit müssen wieder dazu befähigt werden, im Austausch mit Kindern und Jugendlichen auch zu komplexen politischen und gesellschaftlichen Themen konstruktiv diskursfähig zu sein.

Kinder und Jugendliche schützen:

- Programme, die die Wechselwirkungen zwischen psychischen Belastungen und Radikalisierungsprozessen adressieren, müssen gestärkt und ausgebaut werden.



- Benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen besonders gestärkt werden, insbesondere in Quartieren oder Regionen, in denen bekanntermaßen extremistische Gruppierungen wirken und aktiv um Mitglieder werben.
- Die konsequente Anwendung bestehender rechtlicher Regelungen sowie die Implementierung von Schutz- und Präventionsmaßnahmen durch Social Media-Plattformen muss konsequent eingefordert und Verstöße müssen sanktioniert werden.

Nur wenn psychosoziale Belastungen reduziert und Schutzfaktoren auf allen gesellschaftlichen Ebenen gestärkt werden, können Kinder und Jugendliche die Fähigkeiten entwickeln, Krisen zu bewältigen, demokratische Werte zu leben und extremistischen Narrativen zu widerstehen.

Extremismusprävention fördern:

- Phänomenübergreifende Arbeit sowie die Prävention hybrider Phänomene sollten ermöglicht und Förderstrukturen entsprechend angepasst werden, um komplexitätsadäquate Flexibilität zuzulassen und Versorgungslücken zu schließen.
- Gendersensible und -responsive Ansätze, u. a. gewaltpräventive Mädchen- und Jungenarbeit, sollten gezielt ausgebaut werden.
- Die zunehmende Fokussierung der Praxis auf jüngere Klientelgruppen sollte unterstützt werden.
- Die sozialraumorientierte, mobile Beratungsarbeit sollte gezielt gestärkt werden, um der Entstehung rechter Kultur- und Einflussräume etwas entgegenzusetzen.
- Die wenigsten Radikalisierungsprozesse münden in politisch motivierter Kriminalität, Gewalt oder gar Terrorismus. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass die dokumentierte Zunahme von Fällen gewaltförmiger Radikalisierung lediglich die Spitze eines immer größer werdenden Eisbergs darstellt, unter der sich ein ebenfalls wachsendes Dunkelfeld gesellschaftlicher Entfremdung und Autokratisierung befindet.



» Primärquellen

Hintergrundgespräch mit Feride Aktaş und Thomas Mücke, 27.11.2025.

Hintergrundgespräch mit Peter Anhalt, 20.11.2025.

Fokusgruppengespräch mit Berater*innen von Violence Prevention Network, 09.02.2026.

» Literaturverzeichnis

Aral, N. & Kadan, G. (2023). Child development in a crisis: A pandemic. In *Integrated Science of Global Epidemics* (pp. 529-544). Cham: Springer International Publishing.

Ärzteblatt (2023). *Leitlinie für Bildschirmzeiten: Begrenzung nach Altersstufen*. Deutsches Ärzteblatt. Verfügbar unter: <https://www.aerzteblatt.de/news/leitlinie-fuer-bildschirmzeiten-begrenzung-nach-altersstufen-542271ab-e769-4f25-9a44-fe925613ff7a> (Zugriff: 27.02.2026).

Australian Security Intelligence Organisation (2024). Five Eyes Insights. *Young people and violent extremism: a call for collective action*. Verfügbar unter: <https://www.asio.gov.au/system/files/2024-12/Young%20people%20and%20violent%20extremism%20-%20a%20call%20for%20collective%20action.pdf> (Zugriff: 27.02.2026).

Becker, L. & Götz, I. (2025). *Immer jünger, immer früher? Soziale Medien, frühe Ideologisierung und neue Anforderungen an die zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit*. dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Verfügbar unter: <https://www.dist-ex.de/publikationen/detail/immer-juenger-immer-frueher-soziale-medien-fruehe-ideologisierung-und-neue-anforderungen-an-die-zivilgesellschaftliche-distanzierungs-und-ausstiegsarbeit> (Zugriff: 27.02.2026).

Bundesamt für Verfassungsschutz (2025). Antwort auf eine schriftliche Anfrage durch Violence Prevention Network gGmbH.

Bundeskriminalamt (2025). Antwort auf eine schriftliche Anfrage durch Violence Prevention Network gGmbH.

Bundesregierung (2025, 6. Oktober). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marlene Schönberger, Schahina Gambir, Marcel Emmerich u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jung und rechtsextrem – Zur Zunahme rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Deutscher Bundestag, Drucksache 21/1990). Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/019/2101990.pdf> (Zugriff: 27.02.2026).

Bundesverband Mobile Beratung (2025). *Wie sich Rechtsextremismus im Alltag festsetzt und engagierte dagegenhalten*. Verfügbar unter: <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/wie-sich-rechtsextremismus-im-alltag-festsetzt-und-engagierte-dagegenhalten/> (Zugriff: 27.02.2026).

Campelo, N., Oppetit, A., Neau, F., Cohen, D., & Bronsard, G. (2018). Who are the European youths willing to engage in radicalisation? A multidisciplinary review of their psychological and social profiles. *European psychiatry : the journal of the Association of European Psychiatrists*, 52, 1–14, <https://doi.org/10.1016/j.eurpsy.2018.03.001>.

Dantschke, C. (2025). Beratungsfälle mit Sicherheitsrelevanz – Einblicke in die Veränderungen und Herausforderungen der Beratungsstelle Leben des Vereins Grüner Vogel e. V., in Grüner Vogel e. V. (Hg.) *Fachtag – „Die Attentäter*innen werden immer jünger“*. Herausforderungen für die Präventionsarbeit im Spannungsfeld von Jugendschutz und öffentlicher Sicherheit. Grüner Vogel e. V., S. 11-15. Verfügbar unter: https://gruenervogel.de/wp-content/uploads/2025/07/GruenerVogel_Fachtag_2025_Jugendradikalisierung.pdf (Zugriff 10.03.2026).

DLF Nova (2022). Debatte um sozialen Pflichtdienst "Junge Menschen müssen nicht für soziale Aufgaben verpflichtet werden". Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/debatte-um-sozialen-pflichtdienst-was-muessen-junge-menschen-der-gesellschaft-zurueckgeben> (Zugriff 10.03.2026).

Europol (2025). European Union Terrorism Situation and Trend Report, Publications Office of the European Union, Luxembourg. Verfügbar unter: https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/EU_TE-SAT_2025.pdf (Zugriff: 10.03.2026).



Hell, E. (2025). *Jung & Prekär – Die neue rechte Jugend*, in Violence Prevention Network (Hg.) *Interventionen*. Verfügbar unter: <https://interventionen.blog/2025/06/24/jung-prekar-die-neue-rechte-jugend/> (Zugriff: 10.03.2026).

Institute for Economics & Peace (2026). *Global Terrorism Index 2026*. Verfügbar unter: <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2026/03/Global-Terrorism-Index-2026-Report.pdf> (Zugriff: 26.03.2026).

Jahnke, S., Abad Borger, K., Burgsmüller, L., Hoppe, C., & Beelmann, A. (2023). A meta-analysis on the link between young people's social environment, socioeconomic status, and political violence outcomes. *International Journal of Developmental Science*, 17(1-3), 19-29.

Kaman, A., Devine, J., Erhart, M., Napp, A. K., Reiss, F., Freitag, C. M., & Ravens-Sieberer, U. (2025). *Current Global Crises and Youth Mental Health in Germany: The Role of Media Use, Coping and Resources*. Research Square. <https://doi.org/10.21203/rs.3.rs-8260872/v1>.

Kaman, A., Erhart, M., Devine, J., Napp, A. K., Reiss, F., Behn, S., & Ravens-Sieberer, U. (2025). Mental health of children and adolescents in times of global crises: findings from the longitudinal COPSy study from 2020 to 2024. *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz*, 68(6), 670.

Komarek, M. (2025). Grußwort, in Grüner Vogel e. V. (Hg.) *Fachtag – „Die Attentäter*innen werden immer jünger“. Herausforderungen für die Präventionsarbeit im Spannungsfeld von Jugendschutz und öffentlicher Sicherheit*. Grüner Vogel e. V., S. 9-10. Verfügbar unter: https://gruenervogel.de/wp-content/uploads/2025/07/GruenerVogel_Fachtag_2025_Jugendradikalisierung.pdf (Zugriff: 10.03.2026).

Lass-Hennemann, J., Sopp, M. R., Ruf, N., Equit, M., Schäfer, S. K., Wirth, B. E., & Michael, T. (2024). Generation climate crisis, COVID-19, and Russia-Ukraine-War: global crises and mental health in adolescents. *European child & adolescent psychiatry*, 33(7), 2203-2216.

Martinsone, B., Stokenberga, I., Damberga, I., Supe, I., Simões, C., Lebre, P., Canha, L., Santos, M., Santos, A. C., Fonseca, A. M., Santos, D., De Matos, M. G., Conte, E., Agliati, A., Cavioni, V., Gandellini, S., Grazzani, I., Ornaghi, V. & Camilleri, L. (2022). Adolescent social emotional skills, resilience and behavioral problems during the COVID-19 pandemic: A longitudinal study in three European countries. *Frontiers in Psychiatry*, 13, 942692. <https://doi.org/10.3389/fpsy.2022.942692>.

Oppetit, A., Campelo, N., Bouzar, L., Pellerin, H., Hefez, S., Bronsard, G., Bouzar, D. & Cohen, D. (2019). Do Radicalized Minors Have Different Social and Psychological Profiles From Radicalized Adults? *Frontiers in Psychiatry*, 10, 644. <https://doi.org/10.3389/fpsy.2019.00644>.

Polizei Berlin (2025). *Haftbefehl und Durchsuchungsbeschlüsse gegen mutmaßliche Mitglieder der „Deutschen Jugend Voran“ vollstreckt*, Berlin.de Polizeimeldungen. Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2025/pressemitteilung.1602423.php> (Zugriff: 27 Februar 2026).

Public Safety Canada (2025). *Government of Canada lists for new terrorist entities*, Canada.ca. Verfügbar unter: <https://www.canada.ca/en/public-safety-canada/news/2025/12/government-of-canada-lists-four-new-terrorist-entities0.html> (Zugriff: 10.03.2026).

Reifen-Tagar, M., & Cimpian, A. (2022). Political ideology in early childhood: Making the case for studying young children in political psychology. *Political Psychology*, 43, 77-105.

Robert Bosch Stiftung (2024). *Deutsches Schulbarometer: Befragung Schüler:innen. Ergebnisse von 8- bis 17-Jährigen und ihren Erziehungsberechtigten zu Wohlbefinden, Unterrichtsqualität und Hilfesuchverhalten*. Robert Bosch Stiftung.

tagesschau.de (2025). *Untersuchungshaft für fünf mutmaßliche Rechtsterroristen*. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/rechte-terrorzelle-u-haft-100.html> (Zugriff: 27.02.2026).



» Impressum

Herausgegeben von

dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen
Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Violence Prevention Network gGmbH

Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin

(030) 917 05 464

post@violence-prevention-network.de

www.violence-prevention-network.de

©Violence Prevention Network | 2026

Eingetragen beim

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
unter der Handelsregisternummer:
HRB 221974 B

Autor*innen

Maximilian Campos Ruf
Sandra Schwarz

Gestaltung

Parichehr Bijani

dist[ex]

Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur
für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit



Violence
Prevention Network



dist[ex] - Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit ist ein Kooperationsverbund von BAG Ausstieg zum Einstieg e. V., Grüner Vogel e. V., Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e. V. (IZRD), Legato/Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Violence Prevention Network gGmbH.

Der Kooperationsverbund dist[ex] wird finanziert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.



dist[eX]

Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur
für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit